Vom 17. bis 19. Februar 2023 treffen sich wie jedes Jahr
Regierungsmitglieder der NATO-Staaten und ausgewählter anderer Staaten,
Militärs, Kriegsstrateg\*innen und Rüstungslobbyist\*innen,
Waffenindustrielle und Geheimdienstvertreter\*innen in München. Sie
tauschen sich miteinander aus, um weiterhin die Welt nach ihren eigenen
Interessen zu gestalten, was Hunger, Krise, Krieg, Militarisierung,
Gewalt für Millionen Menschen bedeutet.
Ein breites Bündnis von linken Internationalist\*innen mobilisiert auch
für dieses Jahr gegen diese sogenannte "Sicherheitskonferenz" in
München.

Wir als internationalistische linke Iraner\*innen unterstützen den
Gegenaufruf und werden uns an den Protesten beteiligen.
<https://www.sicherheitskonferenz.info/de/Aufruf-SiKo-Proteste-2023>

Seit Entstehung der Nato in Zeiten des Kalten Krieges werden Konflikte
zwischen imperialen Mächten wie USA, Russland, China um die Aufteilung
der Welt auf den Schultern der arm gehaltener Menschen weltweit und
besonders auf Kosten der im Globalen Süden lebenden Armutsbevölkerungen
ausgetragen.
Aktuell erleben wir wie die Krieg führenden Staaten Russland und die
Ukraine, die USA und europäische Staaten mit chauvinistischer Rhetorik
und unter dem Vorwand des Zurückschlagens des Gegners Menschen auf der
ganzen Welt dazu bringen wollen, die schrecklichen Opfer des Krieges zu
akzeptieren.
Wir verurteilen auf schärfste jeglichen Krieg: den in Afghanistan, Irak
und Jemen von Nato-Staaten geführten wie ebenso den russischen
Angriffskrieg und die Besatzung der Ukraine.
Wir lassen uns nicht in diese imperialistischen Konflikte und Kriege
zwischen Nato, Russland, China, Israel und Iran hineinziehen.
Wir raten den Menschen - besonders russischen und ukrainischen - sich
nicht durch die nationalchauvinistische Propaganda beeinflussen zu
lassen. Die Opfer dieser Konflikte sind Millionen unschuldiger Menschen
und nicht die kapitalistischen Staaten. Viele Menschen werden mit
Lügengeschichten oder auch Gewalt zum Kriegsdienst gezwungen. Alle
Kriegsparteien beteiligen sich an der Zerstörung der Lebensgrundlagen
von Millionen von Menschen und zwingen sie damit zur Flucht,
beispielsweise in den kurdischen Gebieten, im Jemen und in Afghanistan,
Kosovo, Ukraine.
Eines der wichtigsten Themen neben dem Krieg in Ukraine wird auf der
Tagesordnung der Sicherheitskonferenz Iran sein. Dazu haben die
Organisator\*innen der Sicherheitskonferenz den iranischen Monarchisten
Reza Pahlavi und die vorgebliche Frauenrechtlerin Masieh Alinejad
eingeladen.

Der landesweiten Aufstand im Iran vor allem von Frauen in den letzten 5
Monaten, die befreiende Bewegung von "Jin, Jiyan, Azadî", die von der
Geschichte der Kämpfe der kurdischen Bevölkerung inspiriert wurde,
brachte die Menschen auf die Straßen, um Selbstbestimmung gegen die
Tyrannei des islamischen Regimes einzufordern. Der Aufstand wurde zu
einer großartigen Symphonie mit einer Vielfalt an Stimmen der bisher
stimmlosesten Menschen der Region. Als eine Folge dieses Widerstands
gab es bisher über 20000 Inhaftierte und 700 Getötete.

Tatsache ist, dass die westlichen Imperialist\*innen noch nie Verfechter
der Demokratie oder der Interessen der Arbeiter\*innen oder
Frauenemanzipation  waren und es auch nie sein werden, weder im Iran,
noch in ihren eigenen Ländern, noch sonst wo. Wir müssen uns nur die
korrupten Regime ansehen, die Nato Länder durch ihre Kriege im Irak, in
Afghanistan, in Kosovo installiert haben. Oder schauen wir uns ihre
engsten Verbündeten an, wie Saudi-Arabien, eine reaktionäre religiöse
Diktatur, die überall das ethnische und religiöse Sektierertum schürt,
oder Israel, ein weiteres reaktionäres Regime, dessen brutale
Unterdrückung der Palästinenser\*innen eine völlige Missachtung des
menschlichen Lebens offenbart.
Die gegenwärtige Protestbewegung im Iran ist alles anders als
monarchistisch ferngesteurt, sondern ist eine Reaktion auf patriarchale
Unterdrückung, kapitalistische Ausbeutung und rassistisch-ethnische
Unterdrückung über Jahrhunderte hinweg.
Nationalismus und Rassismus waren im Iran seit Jahrhunderten bis heute
eine Tradition der Pahlavi Dynastie. Reza Shah hat 1925 mit Hilfe des
britischen Imperialismus durch rassistische "ethnische Säuberungen“,
die vor allem Araber\*innen, Kurd\*innen, Belutsch\*innen betrafen, seine
Macht etabliert und einen Nationalstaat mit "persisch-arischer" Kultur
durchgesetzt. Er hat sich mit einer "arischen Herrenrasse" und dem
Faschismus identifiziert.
Das für die grausamen Haftbedingungen berüchtigte Gefängnis von Evin,
das die Islamische Republik für tausende Inhaftierungen benutzt, wurde
vom Vater Reza Pahlavis errichtet, um seine politischen Gegner\*innen
darin einzusperren.

Reza Pahlavi ist ein Monarchist, der in den USA von dem ererbten
Vermögen lebt, das sein Vater aus der armen Bevölkerung des Irans
herauspresste. Die jahrzehntelangen systematischen Verbrechen und
Menschenrechtsverletzungen, die sein Vater und sein Großvater als
Herrscher des Iran begingen, werden von Reza nicht thematisiert.
Ganz im Gegenteil: er versucht mit Stolz die von einer überwältigenden
Mehrheit der iranischen Bevölkerung abgelehnten Monarchie wieder zu
vermarkten mit finanzieller und politischer Hilfe der westlichen und
besonders auch des saudischen Staates.

Wir können nicht genug an die Unterdrückungen und Entrechtungen durch
die Pahlevi-Dynastie erinnern. Der rassistische Persisch-Zentrismus ist
im konstruierten Nationalstaat Iran bis heute geblieben und wird durch
das faschistoide islamische Regime gefördert. Hinzugekommen ist ein
religiös begründeter Nationalismus, der sich auf den Schiismus beruft.

Nach der Ermordung Jina durch den iranischen Repressionsapparat und den
daran anschließenden Aufständen haben sich in vielen westlichen Ländern
bürgerliche Politiker\*innen aus zynischem Eigeninteresse den
Solidaritätsprotesten unter dem Motto "Jin Jiyan Azadi" angeschlossen.
Einige haben sogar ihre Haare abgeschnitten, um ihre Unterstützung für
die iranischen Frauen vorzutäuschen, und heuchlerische Reden über
Menschenrechte gehalten.
Aktuell haben sie neben den bisherigen Sanktionen eine neue Kampagne,
nämlich die "Patenschaften für politische Gefangene" gestartet. In den
letzten Monaten wurde von Reza Pahlavi und noch anderen rechten
Prominenten noch mehr Sanktionen durch die westlichen Staaten gegen
Iran gefordert. Dabei treffen die Sanktionen seit Jahren in erster
Linie iranische Arbeiter\*innen und arme Bevölkerungsschichten und nicht
die herrschenden Eliten des islamischen Regimes. Genauso haben
"Politische Patenschaften" das Schicksal der politischen Gefangenen im
Iran oder sonst wo auf der Welt nicht geändert. Zeynab\_Jalalian - eine
kurdische Aktivistin, die seit 15 Jahren in Knast sitzt - hat seit dem
im deutschen Parlament einen politischen Paten. Besagter Pate war aber
nicht einmal für eine internationale politische Bekanntmachung des
Falls nützlich.
Das ganze ist ein neues Geschäftsmodell, in dem einige Politiker\*innen,
wie Rechte, oppositionelle Monarchist\*innen und Sozialdemokrat\*innen
das Leben der Kämpfer:innen im Iran zur Ware machen und daraus
politischen Profit schlagen.
Nie und nimmer wird aus dieser rechten Opposition und der
heuchlerischen Menschenrechtsvertreter\*innen eine Lösung für die
Unterdrückten des globalen Südens erwachsen.
Im Gegenteil: die Repression im Iran, der Türkei und jeder Ecke in der
Welt im globalen Süden ist auf engste verbunden mit der
Aufrechterhaltung der "Normalität" in den kapitalistischen Zentren des
globalen Nordens.
Die Freiheitsbewegung im Iran wird seit Jahren durch moderne Waffen und
Technologien auch aus Deutschland und dem Westen mit systematischer
Gewalt unterdrückt.
Wenn mit modernsten deutschen bzw. westlichen Waffen in den Händen des
iranischen und des türkischen Regimes, Freiheitsbewegungen dort
unterdrückt werden, dann ist diese Repression mit der Aufrechterhaltung
des globalen Kapitalismus verbunden.

Die Kriegstreiberei der Bundesregierung als ein Teil der westlichen
Staaten zeigt sich im Pseudo-Feminismus der deutschen Außenministerin
Annalena Baerbock, die in der Ukraine mit Milliarden militärischer Auf-
und Ausrüstung "Frieden" herbeiführen will. Oder demnächst vielleicht
iranische Frauen durch militärische Interventionen "befreien" will.
Zeitgleich werden afghanische Frauen und die arme Bevölkerung im Stich
gelassen, zeitgleich nehmen die Waffenlieferung an Saudi-Arabien zu,
zeitgleich massakriert die Türkei auch mit deutschen Waffen
systematisch die kurdische Bevölkerung.
Daher ist diese Scheinsolidarisierung mit "Jin Jiyan Azadi" seitens der
Sicherheitskonferenz, der meisten europäischen Politiker\*innen wie auch
der deutschen Außenministerin nur pure Heuchelei.

Wir dürfen als Linke nicht einfach den Vertreter\*innen der Münchener
Sicherheitskonferenz die internationale Bühne überlassen.
Die Islamische Republik hat in der Zwischenzeit die verbalen Angriffe
der Imperialisten und der rechten Oppositionellen genutzt, um die
verstärkte Ausbeutung der Arbeiter\*innen wie auch die Repressionen zu
rechtfertigen, und die Bewegung als "ferngesteuert durch den Westen" zu
denunzieren und sich selbst als antiimperialistisch darzustellen. Diese
Selbstinszenierung wird leider in vielen Ländern von Pseudolinken
unterstützt, die die Freiheitsbewegung von Millionen Frauen und
Arbeiter\*innen ignorieren und mit den gleichen Argumenten abtun, wie
das iranische Regime.

Viele Konflikte der Staaten untereinander gehen auf machtpolitische
geostrategische Interessen zurück. Die geopolitischen Interessen von
Putin, USA, Scholz, Macron, dem saudischem Königshaus oder den
iranischen Mullahs dürfen uns nicht von den Inhalten der Proteste
ablenken. Wir dürfen die Protestierenden nicht geostrategisch
instrumentalisieren.
Wir müssen uns weigern, den Protest im Iran geopolitisch gegen die
einen und für die anderen zu bewerten, denn Geopolitik ist die
Akkumulation von Macht und niemals mit Freiheit und Emanzipation von
unten vereinbar. Wir dürfen weder Verbündete von Putin und China, noch
Verbündete des NATO-Westens werden.
Sowohl Reza Pahlavi als auch die vorgebliche Frauenrechtlerin Masih
Alinejad sind Repräsentant\*innen des neoliberalen kapitalistischen
System. Nur das islamische Regime wegzujagen reicht uns nicht. Sondern
wir unterstützen die Bewegung auf der Straße, in den Fabriken, in den
Unis, eine Freiheitsbewegung von und für unten, für Selbstbestimmung
aller Entscheidungen. Für uns gilt eine internationale Solidarität von
unten, damit Menschen ihre Selbstbestimmung in allen Bereichen ausüben
können. Wir stellen uns den Heuchlereien der westlichen oder östlichen
Imperialist\*innen mit ihren neoliberalen Programmen entgegen.
Wir stehen auf der Seite der Menschen, die gegen Repression,
Patriarchat, Ausbeutung und Rassismus kämpfen, die auf der Straße ihr
Leben riskieren und die versuchen, ihr Leben selbst in die Hand zu
nehmen. Daher ist es eine internationale solidarische Pflicht, diese
Bewegung zu unterstützen.

Gegen die Kriege des Kapitalismus lautet unsere Antwort Klassenkampf, Kampf gegen Patriachart, gegen Rassismus /nationalismus

Gegen die "Sicherheitskonferenz" der herrschenden Staaten in München
am 18. Februar, um 13 Uhr in München am Stachus

Einige iranische Linke im Exil